

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1924

117 (1.12.1924)

Erscheint
Montag, Mittwoch,
Freitag.
Bezugs-Preis:
Durch die Post bezogen und durch den Briefträger u. andere Anstalten
120 in Haus
monatlich 1.50
treibend.
Der Bezugspreis ist nur Voran zu
entrichten.
In Fällen von höherer Gewalt be-
steht kein Anspruch auf Vorkauf der
Zeitung oder auf Rückzahlung des
Bezugspreises.
Bestellungen: 10-12 Uhr, Sonntags
geschlossen.
Fernsprechnummer Nr. 11.
Postfach-Nr. 6908.
Karlstraße Nr. 6908.

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung  **1899**
General-Anzeiger für das **Elsenz- und Schwarzbachtal**
Älteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.
Wöchentliche Beilagen: **Mode u. Heim • Der Kolbold • Neue Illustrierte**

Anzeigen-Preise:
Anzeigen: Die 42 mm breite
Kilometer-Zeile 8 Goldstg.
Familien-Anzeigen 5 Goldstg.
Reklamen: Die 87 mm breite
Kilometer-Zeile 24 Goldstg.
Grundschrift im Anzeigen- und
Tertel ist Petit.
Bei Wiederholungen tarifierter
Arbeiten, bei der Nichtzahlung innerhalb
3 Tagen nach Rechnungs-
datum oder bei gerichtlicher Ver-
urteilung und bei Konkurs entfällt
Klappschließen werden nicht an-
erkannt und für Kaufmann an
bestimmten Tagen sowie für tele-
phonische Aufträge keine Gewähr
übernommen.
Anzeigen-Aufnahme bis 4 Uhr
vormittags; größere Anzeigen werden
am Tage vorher aufgegeben werden.

Nr. 117. **Montag, den 1. Dezember 1924.** **85. Jahrgang**

Frankreichs Kampf gegen die Reichswehr

Die Vorgeschichte des Memorandums.

Berlin, 29. Nov. Die Veröffentlichung dieses Memorandums hat folgende Vorgeschichte: In der „Welt am Montag“ vom 24. November teilt der bekannte Pazifist, Herr von Gerlach, mit, er habe Kenntnis erhalten von einem „angeblichen“ Memorandum Herriots, welches dieser am 8. November den Verbündeten Frankreichs zugestellt haben sollte. Das Memorandum enthalte verschiedene Forderungen über die Umgestaltung der Reichswehr usw. Herr v. Gerlach hat das Memorandum zwar nicht veröffentlicht, aber gleich erklärt, er halte das Memorandum ähnlich wie den Sinowjew-Brief für eine Fälschung. Auch die französische Havasagentur hat vor einigen Tagen ein kurzes, unklares Dementi veröffentlicht. Es muß festgestellt werden, daß dieses Dementi der Havasagentur erfolgt ist, ohne daß irgend eine Zeitung ausführlichere Angaben über den Inhalt des Memorandums gebracht hätte. Das „demokratische“ Berliner Tageblatt macht in seiner heutigen Abendausgabe ebenfalls Andeutungen über das Memorandum und erklärt das Memorandum gleichzeitig für eine Fälschung. Zu gleicher Zeit erfolgte die Veröffentlichung in der „Berliner Börsenzeitung.“
In Berliner amtlichen Kreisen legt man der Veröffentlichung gegenüber eine Zurückhaltung an den Tag, die sich aus der Notwendigkeit erklärt, die diplomatischen Beziehungen zur Regierung Herriot nicht zu stören, solange nicht greifbare Unterlagen vorliegen. Es wird voraussichtlich ein Kommuniqué herausgegeben werden, in dem festgestellt wird, daß amtlich in Berlin nichts von dem Memorandum bekannt ist, und daß man nicht glaubt, die Regierung Herriot werde zu einer derartigen Maßnahme greifen.

Ein Vorstoß gegen das Kabinett Herriot.

Die Wahlgelder der Union für wirtschaftliche Interessen. Eine Senktion in der Kammer.

Paris, 28. Nov. Heute nachmittag ist die Diskussion über die Interpellation betreffend die Lebensmittelsteuer fortgesetzt worden. Diese Diskussion mußte wegen eines sehr ernsthaften Zwischenfalls unterbrochen werden. Vor zwei Tagen hat der rechtsstehende Abg. Taittinger bei Begründung einer von ihm eingebrachten Interpellation über die kommunistische Manifestation vom letzten Sonntag aus Anlaß der Ueberführung der Leiche von Jean Jaures nach dem Pantheon von Unterstellungen zu Wahlscheitern gesprochen, die die Union für wirtschaftliche Interessen, an deren Spitze Senator Billel steht, einigen Mitgliedern des Kabinetts bewilligt habe. Man erinnert sich, daß Ministerpräsident Herriot, bevor er die Interpellation über die kommunistische Kundgebung beantwortete in den schärfsten Worten die Verdächtigungen des Abg. Taittinger zurückwies und daß dieser nicht in der Lage war, wegen des Lärms, der in der Kammer ausgebrochen war, seine Rede fortzusetzen. Der Abg. Taittinger weigerte sich an jenem Abend, Namen zu nennen und erklärte ausdrücklich, er werde sprechen, wenn er die Zeit für gekommen halte. Taittinger ist seit einigen Wochen Chefredakteur der nationalpolitischen „Liberte“. Gestern brachte nun das Blatt das Facsimile eines Briefes des Arbeitsministers Godard vom 15. Juli 1923, in dem dieser verlangt, man möge ihm den Geschäftsbericht der Union übermitteln, der seinen Namen enthalte und ihm mitteilen, unter welchen Umständen er der Union beigetreten sei. Der Abg. Taittinger veröffentlichte hierauf die Beitrittserklärung des Arbeitsministers. Heute ist nun auch Handelsminister Reunaldi, in die Debatte gezogen worden und zwar in einer für das Kabinett Herriot sehr unangenehmen Art und Weise. Die „Liberte“ erklärt, der ehemalige Abg. Reynaldi habe am 6. November 1923 durch einen Check von der Union die Summe von 10 000 Franken erhalten.

Diese Enthüllung hat in der Kammer die allergrößte Senktion erregt und den sozialistischen Abg. Felix veranlaßt, eine Interpellation einzubringen, deren sofortige Beratung die Regierung angenommen hat.

Der Pazifismus der andern.

Die deutschen Pazifisten halten es für den geeignetsten Ausdruck echter pazifistischer Gesinnung, wenn sie das eigene Vaterland beschimpfen. Mit ganz besonderer Wollust stürzen sich unsere deutschen Pazifisten auf alles, was mit der deutschen Armee zusammenhängt, sie fänden es am liebsten, wenn auch die 100 000 Mann Reichswehr verschwänden. Daß drüben in Frankreich ein Millionenheer schwergerüstet steht, ist für unsere deutschen Pazifisten kein Grund zu Bedenken, denn drüben in Frankreich spricht man so viel vom Pazifismus. Ja, dort nennt man sogar eine Truppenparade eine pazifistische Kundgebung, wie im Bericht der „Straßburger Neuesten Nachrichten“ über den Einzug des Generals Guillaumat in Mainz beweist. Der Unterschied: die deutschen Pazifisten fallen in Krämpfe, wenn sie einen deutschen Soldaten sehen, die Franzosen bekunden ihre pazifistische Gesinnung durch Truppenparaden.

Eine Erklärung v. Rathusius.

Berlin, 28. Nov. General v. Rathusius bittet ausdrücklich feststellen zu wollen, daß er nicht die Begnadigung angenommen habe. Er habe einen scharfen Protest seines Reichshofrates gegen die Begnadigung unterschrieben. Er bestehe darauf, daß man ihm seine Ehre wiedergebe und zwar dadurch, daß man dieses Urteil aufhebe. Er habe ein zweites Schriftstück unterzeichnet, durch das er sofortige Revision vor dem Obersten

Kriegsgerichtshof beantragt habe. Er sei bereit, sich jederzeit vor den Schranken des französischen Militärgerichts zu verantworten, weil er als aufrechter deutscher Ehrenmann und alter Offizier jeden Tag dafür eintrete, daß er nichts begangen habe.

Eine befremdende deutsche Erklärung.

Paris, 29. Nov. Der deutsche Botschafter v. Hösch hat heute nachmittag den Ministerpräsidenten Herriot aufgesucht und ihm unter ausdrücklicher Wahrung des Standpunktes der deutschen Regierung, hinsichtlich der Beurteilung und Verhaftung des Generals von Rathusius mitgeteilt, daß die deutsche Regierung von der Begnadigung des Generals mit Genugtuung Kenntnis genommen habe. Der Botschafter hat dem Ministerpräsidenten Herriot ferner davon Kenntnis gegeben, daß die deutsche Regierung aus freiem Beschluß beabsichtige, demnächst einen Gnadenakt bezüglich eines in Deutschland gefangenen französischen Staatsangehörigen vorzunehmen.

Als vor einigen Tagen der Reichsaussenminister an Frau von Rathusius ein Telegramm richtete, in dem er seiner Genugtuung über die Begnadigung des Generals Ausdruck gab, mußten wir unser Befremden dieser Haltung gegenüber erklären. Angesichts der oben wiedergegebenen Meldung können wir nur wiederholen, daß dieser heutige Schritt der Reichsregierung in Deutschland sehr wenig Verständnis finden wird. Wir verkennen keineswegs, daß es dem Reichsaussenminister solange die Handelsvertragsverhandlungen laufen, darum zu tun sein muß, Spannungen zwischen beiden Völkern möglichst fernzuhalten. In diesem besonderen Falle jedoch hätte das Reichsaussenministerium, wenn es aus besonderen Gründen auf einen Protest gegen das Schuldig des Killer Verfahren verzichten zu müssen glaubte, wohl besser die Begnadigung zur Kenntnis genommen und im übrigen geschwiegen. Die Würde eines Volkes hat eine Greuze, die ohne Not nicht überschritten werden soll.

Die englandfeindliche Bewegung in Ägypten.

Antienglische Meuterei in Kartum. — Verhaftungen in Kairo.

London, 28. Nov. Heute vormittag ist es zu ersten Meutereien in Kartum, der Hauptstadt des ägyptischen Sudans am Zusammenfluß des blauen und des weißen Nil gekommen. Das gemischte sudanesisch-ägyptische Regiment, das bereits im August Anlaß zu Meutereien und Unruhen gegeben hat, hat heute vormittag gemeutert. Ein Teil des Regiments hat das Militärkrankenhaus in Kartum gestürmt und drei dort tätige englische Militärärzte — einer war Engländer von Geburt, die beiden anderen Syrier — getötet. Darauf wurden die Meuteer von englischen Truppen mit Artillerie beschossen und zur Räumung des Krankenhauses gezwungen. Die Verklüfte der Meuteer sollen sehr schwer sein. Heute ist in Kairo eine Anzahl Abgeordneter, Führer der Nationalisten, sowie einige Studenten, insgesamt 35 Personen, verhaftet worden, weil sich bei der Voruntersuchung der Ermordung des Sirdar herausstellte, daß der Mordplan der Nationalisten auch die Ermordung des englischen Oberkommandierenden Lord Allenby und einer Anzahl ägyptischer Minister vorgesehen hatte.

Ägypten kommt auch nach Jagul Paschas Rücktritt nicht zur Ruhe. Das harte, um nicht zu sagen grausame Vorgehen der britischen Regierung wegen der Ermordung des Sirdar, des englischen Oberkommandierenden Generals Stada hat ein Gefühl der Empörung in allen Teilen des Landes geweckt, das nur mit Mühe durch große militärische Nachdruckmaßnahmen niedergehalten wird. Die Meuterei in Kartum steht offenbar mit der von England erzwungenen Zurückziehung der ägyptischen Truppen aus dem Sudan in Verbindung gegen die sich das ägyptische Militär auflehnt. Die ägyptische Bewegung droht weitere Kreise zu ziehen, da die jungtürkische Presse in Konstantinopel den Protest der ägyptischen Nationalisten schon übernommen und die britische Aktion als einen feindseligen Vorstoß gegen den Islam gekennzeichnet hat.

Als im Jahre 1882 England, unter Beiseitedrängung Frankreichs, Ägypten unter Militärherrschaft stellte, ließ die britische Regierung erklären: dieser staatsrechtlich unklare Zustand (Ägypten stand unter der Oberhoheit des türkischen Sultans, wurde von dem Khediven regiert und von dem englischen Residenten beherrscht) werde enden, sobald Ägypten wieder die Fähigkeit bewiesen habe, sich selbst zu regieren. Jahrzehntlang hat England diesen Zeitpunkt nicht für gekommen erachtet. Inzwischen eroberte es den Sudan, Ritchener schloß die wilden Glaubenskämpfer des Mahdi zusammen, die Beherrschung der östlichen Hälfte Afrikas, von Alexandria bis zum Kap, war nahegerückt; England, das, wie überall in seinem Machtbereich für die Wirtschaft und Verwaltung des Nillandes Auerkennenswertes leistete, verfügte durch den Besitz des oberen Nils über die Lebensquellen des Landes. Der Weltkrieg brach aus, die Türkei schloß sich den Mittelmächten an, der Suezkanal wurde bedroht; England erklärte die weltliche und geistliche Oberhoheit des Sultans für erloschen und Ägypten zum Protektorat.

Nach dem Krieg aber wuchs die ägyptische Freiheitsbewegung, der man in London im Hinblick auf die Formel vom Selbstbestimmungsrecht der Völker Rechnung tragen mußte, auch um die Säugung in der Welt des Islam zu beruhigen. Die „Unabhängigkeit“ wurde gewährt. Das war 1922. Ägypten hatte einen König und ein Parlament, stand aber nach wie

vor unter Militäraufsicht und die Sudanfrage blieb offen. Eine Art gemeinschaftlicher Verwaltung blieb ein Notbehelf: tatsächlich konnten weder Ägypten noch England auf die Herrschaft im Sudan (dessen Bevölkerung beiden feindlich ist) verzichten. Der erste Zusammenstoß mußte die Frage stellen: London oder Kairo?

Das nach dem Attentat auf General Stada gestellte Ultimatum und seine Durchführung durch Allenby hat alle 1922 Ägypten gewährten Zugeständnisse wieder vernichtet. Wenn es den darin enthaltenen drei Forderungen nachkommt, ist es um den letzten Schein und Rest seiner Unabhängigkeit gekommen. Diese drei englischen Forderungen bedingen: 1. daß Ägypten den Sudan räumt, 2. die beliebige Erweiterung der Stauanlagen am oberen Nil an England überläßt und 3. alle britischen Wünsche erfüllt, die sich auf den Ausländerbeschütz beziehen.

Indem Ägypten den Sudan räumt, liefert es sich bedingungslos der britischen Militärmacht aus. Indem es auf Mitbestimmung über Art und Umfang der Stauanlagen verzichtet, liefert es sich wirtschaftlich aus. Indem es den Wiederstand gegen alles aufgibt, was England zur „Wahrung der Interessen der Fremden“ für erforderlich erklärt, liefert es sich politisch aus. Kein Wunder, daß es in Ägypten gärt und die Freiheitsbewegung nicht zur Ruhe kommt.

Um die Räumung des Sudans.

London, 28. Nov. Nach einem amtlichen Bericht aus Kairo weigern sich die ägyptischen Offiziere und Mannschaften in Chartum, den Sudan zu verlassen. Der diensttuende Kommandant habe geäußert, er müsse erst den Befehl der ägyptischen Regierung abwarten, ehe er den Sudan räumen könne. Infolgedessen haben die englischen Truppen die ägyptischen Truppen umzingelt. Die Verwaltung von Chartum hat Befehle aus Kairo erbeten.

Ein Rechtfertigungsversuch Englands.

London, 28. Nov. Der amtliche englische Funkdienst meldet: Bei den ergebnislosen Verhandlungen zwischen Macdonald und Jagul Pascha war es klar, daß der unmöglich gewordenen Lage in Ägypten durch außerordentliche Maßnahmen ein Ende bereitet werden müsse. Durch die Ermordung des Generals Stada ist die Krise nur beschleunigt worden. Abgesehen von diesem Mord, von ägyptischen Beamten angezettelten Aufständen im Sudan und 11 verübten oder vollführten Morden an englischen Beamten seit 1922, bestehen noch viele andere schwerwiegende Gründe zum Einschreiten Englands.

Die Tributzahlungen Ägyptens sind unregelmäßig erfolgt. Die Stellungen der Räte für Justiz, Finanzen und öffentliche Sicherheit, denen der Schatz der ausländischen Gemeinden oblag, sind bewußt unterwühlt worden. Die englischen Eisenbahnbeamten wurden dementmaßen schikaniert, daß der Erfolg ihrer Arbeit illusorisch wurde. Außerdem hat die ägyptische Regierung die größten Schwierigkeiten bei der Regelung der Frage der Pensionierung und Verabschiedung der englischen Beamten im ägyptischen Dienst verursacht. Alle diese Umstände haben die Lage dementmaßen unhaltbar gemacht, daß ein Vorgehen Englands bereits vor der Ermordung des Sirdars notwendig geworden war.

Die Meuterei im Sudan. — Macdonald über den Konflikt.

London, 29. Nov. Ueber die Meuterei im Sudan berichtet der Korrespondent des „Daily Express“, daß die Meuterei von den ägyptischen Offizieren im 11. sudanesischen Regiment hervorgerufen worden sei. Es wäre klar, daß der ganze geheime Feldzug nur mit der Propaganda und dem Gelde Jagul Paschas möglich gewesen sei. Die Zahl der an der Meuterei beteiligten Personen wird auf 200 geschätzt. Aus Kairo wird gemeldet, daß die telegraphische Verbindung mit Chartum abgebrochen sei und daß der Zug nach Chartum nicht abgehen konnte. Die Verbindung wurde durch funktentelegraphischen Verkehr aufrecht gehalten. In Alexandria ist die Lage ruhig, nachdem eine Kundgebung von der Polizei zerstreut wurde. Das ägyptische Kabinett hat fast den ganzen Tag Beratungen über die Lage abgehalten. Ein Beschluß ist nicht gefaßt worden.

London, 24. Nov. In einer Rede, in London sagte Kolonialsekretär Amery, mit Rücksicht auf das, was es in der Vergangenheit geleistet habe, und mit Rücksicht auf seine gegenwärtigen Bedürfnisse in Ägypten und dem Sudan habe England eine Stellung, die es nicht aufgeben dürfe und die in keinem Falle bestritten werden dürfe, am wenigsten von Ägypten selbst. Auf der anderen Seite habe England niemals gewünscht, die Ägypter daran zu hindern, ihre eigenen Angelegenheiten zu führen. Er glaube, alle verständigen Leute in Ägypten und in der übrigen Welt würden erkennen, daß die Folgen der energischen britischen Aktion Ägypten zum Frieden und zur Erleuchtung zurückbringen und die Möglichkeit schaffen werde, daß in Ägypten eine wirklich verantwortliche Regierung wirke.

Der frühere Premierminister Macdonald kritisierte in einer Rede über die Ereignisse in Ägypten mit Schärfe, die von den ägyptischen Nationalisten verfolgte Politik, tadelte aber auch das Vorgehen der britischen Regierung, welche das beklagenswerte Ereignis der Ermordung des Sirdars mit gemiffen politischen Fragen verquickt habe, die durch ein Abkommen gelöst werden könnten. Macdonald sagte, er bedauere daß die Behandlung der ägyptischen Angelegenheit England großen Schaden in den Augen der Welt getan habe. Er hoffe, daß Großbritannien alle Streitfragen, die die ägyptischen Angelegenheiten betreffen, an den Völkerbund verweisen und um ein Mandat ersuchen werde, auf Grund dessen es für die Verwaltung des Sudans verantwortlich bleiben würde. Nur auf diese Weise könne England seine Stellung festigen.

Sitzung der Reparationskommission.

Paris, 28. Nov. Ueber die heutige Sitzung der Repko wird folgendes offizielle Komunique ausgegeben: Die Repko hat den Generalagenten für Reparationszahlungen, Parker Gilbert gehört, der einen Bericht über den Verlauf der Arbeiten seit seinem Amtsantritt abgab und der Kommission über den Stand der Zahlungen Auskunft erteilt hat. Ein längerer Meinungsaustausch zwischen den Generalagenten und den Mitgliedern der Repko hat hierauf über alle Fragen stattgefunden, über die eine Zusammenarbeit zwischen ihm und der Kommission notwendig ist. Die Reparationskommission hat ferner die Abfertigungskontakte über 2500 Tonnen Stickstoff und 500 Tonnen schwefelsaurem Ammoniak für Frankreich auf Reparationskonto für die Monate November und Dezember 1924 genehmigt. Die Repko hat endlich verschiedene laufende Angelegenheiten erledigt.

Der Kampf um die Dawesbeute.

Die Vereinigten Staaten von Amerika haben, wie gemeldet, in Paris auf der dortigen ersten Besprechung der Finanzsachverständigen ihre Entschädigungsansprüche angemeldet. Danach verlangt Amerika, an den Entschädigungszahlungen Deutschlands nach dem Londoner Protokoll beteiligt zu werden. Es will sich dadurch einmal für die Kosten der Rheinlandbesetzung und zweitens für die amerikanischen Kriegsverluste an Privateigentum bezahlt machen. Die anderen Mächte, namentlich England, scheinen diesen Ansprüchen mit etwas gemäßigten Gefühlen gegenüberzustehen. Wir werden wohl unfererseits gegen eine Teilnahme der Vereinigten Staaten nichts einzumenden haben. Wenn die Vereinigten Staaten an der Durchführung des Sachverständigenplanes auch auf diese Weise interessiert sind, so ist das letztendlich eine neue Friedensgarantie für uns. Ein zweiter Gesichtspunkt ist mindestens ebenso wichtig. Wenn die deutschen Entschädigungszahlungen auf Grund des Londoner Protokolls für die privaten amerikanischen Regressansprüche haftbar gemacht werden, so werden die deutschen Vermögenswerte in Amerika, die vorläufig nur bis zur 10 000 Dollargrenze freigegeben sind, wohl sehr bald in voller Höhe beschlagnahmefrei.

Der Stand der deutsch-englischen Verhandlungen.

London, 28. Nov. In dem bisher erzielten Stand der deutsch-englischen Handelsvertragsverhandlungen hat England, wie die „Times“ schreibt, nicht nur das Recht der meistbegünstigten Nation sondern auch gewisse Garantien erhalten wegen der Beschränkung der Ausfuhr nach Deutschland. Das hauptsächlichste Zugeständnis Großbritanniens ist, daß die britische Regierung dem Parlament ohne Verzögerung ein Gesetz unterbreiten soll, das alle Bestimmungen über die Deutschen in England als ehemalige feindliche Ausländer aufhebt mit der Wirkung, daß kein Unterschied mehr gemacht werden soll zwischen deutschen Staatsangehörigen und anderen Ausländern. Die Frage der 20prozentigen Abgabe für Einfuhren aus Deutschland bleibt noch unerledigt. Der deutsche Vorschlag geht dahin, daß das System der Einkassierung der Reparationsabgabe, die bisher in der Weise erfolgte, daß der englische Kunde der deutschen Güter diese Abgabe bei seiner Zahlung an den deutschen Exporteur berücksichtigte und die Abgabe in jedem einzelnen Falle von der englischen Regierung einkassiert wurde, nünmehr durch eine monatliche Abrechnung zwischen den beiden Regierungen ersetzt werden soll. Die deutsche Regierung soll der britischen eine Summe in Goldmark gutschreiben, die den 26 Prozent gleichkommt. Die Einwendungen gegen diesen Vorschlag gehen dahin, daß er vor allem gegen die Bestimmungen des Dawesberichtes wäre und gegen diejenigen Gilberts, die dieser auch in seinem Brief an die deutsche Regierung vom 14. November ausgedrückt hat. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, das Ziel der deutschen Regierung bei den Verhandlungen sei, zu verhindern, daß die Reparationseinziehungsakte in der Art eines Tarifes wirke. Man glaubt, daß den deutschen Vorschlägen der Gedanke zugrundeliege, daß die Bank von England als eine Art Clearingbank zwischen den britischen Importeuren und der Reichsbank arbeiten solle, wo ein Konto des Generalagenten geführt werden würde. Die Deutschen deuteten auch an, daß bevor dieses Problem nicht geregelt sei, der Handelsvertrag zwar paraphiert, aber schwerlich dem Reichstag zur Ratifikation vorgelegt werden könne. Es verlautete, daß das britische Schatzamt abgeneigt sei, den deutschen Vorschlag anzunehmen. Doch seien die Erörterungen gestern fortgesetzt worden. Es sei möglich,

daß ein provisorisches Uebereinkommen über einen Handelsvertrag heute oder morgen abgeschlossen würde.

Die Pariser Wirtschaftsverhandlungen.

Paris, 28. Nov. Heute fand die erste Vollsitzung der deutschen und französischen Delegationen mit den beiderseitigen Sachverständigen für die Schwerindustrie statt. Irgendwelche grundlegenden Beschlüsse wurden heute noch nicht gefaßt, vielmehr lediglich zunächst das Arbeitsprogramm für die kommenden Tage festgelegt, das außerordentlich umfangreich sein wird. Ich hatte heute eine kurze Unterredung mit dem ersten Vizepräsidenten der Mannheimer Handelskammer, Bögele, der als Vertreter der verarbeitenden Industrie in Paris weilt. Herr Bögele macht sich darauf gefaßt, noch länger als ursprünglich geplant war, in Paris bleiben zu müssen, trotzdem ihn in Mannheim sehr viel Arbeit erwartet. Herr Bögele erklärte mir, daß namentlich die Saarfrage in den kommenden Verhandlungen zweifellos eine sehr große Rolle spielen würde. Es liegt auf der Hand, daß diese Fragen für Mannheim und ganz Baden von hervorragender Bedeutung werden können. Die erste Aussprache der beiderseitigen Sachverständigen, der Maschinen- und verarbeitenden Industrie ist für morgen angesetzt. Sonntags bleibt verhandlungsfrei. Für Montag und Mittwoch sind Vollsitzungen der gesamten Delegationen mit den Vertretern der verarbeitenden Industrie und Dienstag eine weitere Vollsitzung der beiden Delegationen mit den Vertretern der Schwerindustrie anberaumt.

Vorbereitung für Franz Sigel-Feier in Amerika.

Newyork, 28. Nov. Dem Newyorker Herald vom 8. Nov. 1924 entnehmen wir folgendes: Am Donnerstag fand in der Turnhalle unter Vorsitz des Festpräsidenten L. F. Luedcke eine gut besuchte und enthusiastische Sitzung der Festleitung des Sigelordens für die Sigel Jahrbundert-Feier statt. Folgende waren vertreten: Steuben Society, Herr David Maier; N. Y. Turn-Verein, Dr. Gustav Scholer; Vereinigte Deutsche Gesellschaften, Herr Fred Kuhlmann; Badischer Volksfest-Verein Herren Lang und L. Voll. Briefe von Gouverneur Alfred Smith und dem Bürgermeister-Amt Sinsheim Baden wurden vorgelesen. Der Verein der Badener der Westseite sowie der Bayerische Volksfest-Verein meldeten ihre Unterstützung an. Sämtliche Berichte lauteten sehr günstig und es kann einer großen Beteiligung seitens der Vereine und des Deutschturn im Allgemeinen am 16. ds. Mts. am Sigel-Denkmal mit Befriedigung entgegen gesehen werden.

Luftfahrtverhandlungen in Berlin.

Berlin, 27. Nov. Seit Dienstag sind die Sektionschefs der Prager Regierung, Dr. Schmaus und Janak, in Berlin, um über ein deutsch-tschechoslowakisches Luftfahrabkommen zu verhandeln. Die Verhandlungen verlaufen glatt und dürften zu einem Abkommen führen, das als Voraussetzung eine Beseitigung der Begriffsbestimmungen enthält, die auch das Londoner Ultimatum seinerzeit dem deutschen Luftfahrzeugbau aufgezwungen worden sind. Da auch die Verhandlungen mit dem englischen Luftfahrtsmarschall Sir Saffron Bramcker, der in diesen Tagen zum zweitenmal in Berlin war, der gleichen Frage galten und da der internationale Luftverkehr durch die Erschwerung des zentralen Verkehrs in Mitteleuropa dauernd ernstlich bedroht wird, wird die zuständige Votivkonferenz in Paris nicht umhin können, demnächst zu der Frage Stellung zu nehmen. In den hiesigen beteiligten Kreisen hofft man, daß das bald geschehene und zur Befreiung des deutschen und damit des internationalen Luftverkehrs von diesen unzuverlässigen Fesseln führt.

Mittel- und westeuropäische Zeit.

Köln, 28. Nov. Am 30. November wird auf den Eisenbahnen des Ruhrbezirks und der Brückenköpfe Duisburg und Düsseldorf die Mitteleuropäische Zeit eingeführt. Im altbestehenden Gebiet (linke Rheinseite) sowie in den Brückenköpfen Köln, Koblenz und Mainz bleibt die Westeuropäische Zeit vorläufig bestehen.

Minister Brauns über die Arbeitszeitfrage. — Ein neues Arbeitszeitgesetz in Vorbereitung.

Osabrück, 26. Nov. Reichsarbeitsminister Brauns führte in einer Versammlung zur Arbeitszeitfrage u. a. aus: Gegenüber dem immer wiederkehrenden Vorwurf, daß gerade der Arbeitsminister es war, der im Spätjahr 1923 den Acht-

stundentag abschaffte, muß erneut festgestellt werden, daß sich damals über die Unmöglichkeit der Beibehaltung des schematischen Achtstundentages die gesamte öffentliche Meinung und alle Parteien von der Sozialdemokratie bis zur äußersten Rechten einig gewesen sind. Annähernd die Hälfte der Arbeiterschaft wird übrigens auch heute noch in normaler Weise acht Stunden am Tage beschäftigt sein. Die einschneidenden Änderungen mußten in der Schwerindustrie vorgenommen werden. Die Rechtsregierung sah die damalige Arbeitszeitverordnung stets als eine Notverordnung an. Sie sei deshalb auch im Laufe dieses Jahres mit den Nachbarländern ins Benehmen getreten, um über eine vernünftige Anwendung des Washingtoner Abkommens eine Verständigung herbeizuführen, die auch der ungeheuer geschwächten deutschen Wirtschaft die Anwendung dieses Abkommens noch ermöglichen sollte. Eine Abhilfe für Schwerarbeiter in ununterbrochenen Betrieben steht unmittelbar bevor. Das neue Arbeitszeitgesetz ist im Reichsarbeitsministerium in Vorbereitung.

Rundgebung des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses.

Der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß, das Organ des im Jahre 1922 gegründeten Deutschen Evangelischen Kirchbundes, der die sämtlichen deutschen evangelischen Landeskirchen Deutschlands umfaßt, erklärt zur bevorstehenden Reichstagswahl folgenden Aufruf: „Der kommende Reichstag wird vor folgschwerere politische und wirtschaftliche Entscheidungen gestellt sein, aber auch wichtige Kulturaufgaben dürfen nicht länger zurückgestellt werden. Insbesondere muß die Sicherung der evangelischen Schule durch ein Reichsschulgesetz, wenn nicht die deutsche Einheit auf diesem Gebiete unüberbrücklichen Schaden leiden soll, ohne jeden Verzug in Angriff genommen werden. Wir fordern daher die evangelischen Männer und Frauen aller politischen Parteien auf, bei den Neuwahlen für die Erhaltung und die volle Entfaltungsmöglichkeit der evangelischen Schule im Sinne der einmütigen Entschlüsse des Stuttgarter und Bielefelder Kirchentages ihren ganzen Einfluß einzusetzen.“

Ein ehrlicher deutscher Volksparteiler.

Berlin, 26. Nov. Geheimrat Professor Kahl hielt gestern in einer Versammlung der Deutschen Volkspartei eine Rede, die deshalb besonders beachtenswert ist, weil sie im Gegensatz zu den Reden vieler seiner Parteifreunde Zeugnis ablegt für die Republik und gegen die völkische Ideologie der Volksparteiler. Es sei ein Unfuss, erklärte Kahl, dauernd gegen die Republik zu opponieren. Ehre wem Ehre gebührt. Auch in der Frage der Reichstagsauflösung befindet sich Kahl im Gegensatz zu seinen Parteifreunden. Die Reichstagsauflösung meint er, sei ein Gewinn für das Reich, da sie die nötige Klärung in die gegenwärtige Frontstellung der einzelnen Parteien bringe. An der Hand der Berner Rede Herzts wies sodann Kahl die absolute Unfähigkeit der deutschnationalen nach, denen das völkische Wahrheitsgefühl fehle, denn die Deutschnationalen, die zur Regierung drängten, wollten die republikanische Regierung, die in der Außen- und Innenpolitik denkbar Größtes erreicht hatte, untergraben. Eine stärkere Kritik an der Demagogie der Deutschnationalen, aber auch der Deutschen Volkspartei läßt sich kaum denken und es ist umso erfreulicher, da sie aus ihren eigenen Reihen kommt.

Graf Westarp über den Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung.

Hamburg, 27. Nov. In einer Wählerversammlung des Landesverbandes Hamburg der Deutschnationalen Volkspartei sprach der Reichstagsabgeordnete Graf Westarp. Er führte u. a. aus: Auf zum Kampf für die Einheitsfront Schwarz-Weiß-Rot. Unsere Partei steht an einem Wendepunkt ihrer Geschichte, wenn sie aus der Opposition in die Regierung will. Das bedeutet nicht eine Preisgabe ihrer Grundsätze. Regierungsgemeinschaft ist nicht Gefinnungsgemeinschaft. Da unseren Zielen halten wir fest.

Mary gegen die Wählerspaltung.

Elberfeld, 28. Nov. In einer Wählerversammlung der Zentrumsparlei führte der Reichskanzler Mary aus: Lebhaft zu bedauern ist die große Zerspaltung des deutschen Volkes, die sich auch bei dieser Wahl wieder zeigt. Nicht weniger als 25 verschiedene Listen sind für das Reich und 23 für Preußen eingebracht worden. Es ist das ein Zeichen, großer politischer Unreife. Auch die materiellen Interessen der verschiedenen Stände können nur von den großen politischen Parteien geltend gemacht werden. Der Reichskanzler verurteilte im weiteren Verlaufe

Tochter zu schützen wissen. Ich bin doch kein Pantoffelheld, wenn ich auch den Frieden über alles liebe und aus diesem Grunde meine Frau nach Gefallen schalten lasse. Gundula ist mein Herzenskind, und ich wäre glücklich, sie wieder in me'r Nähe zu haben. Nur um diesen Preis möchte ich es nicht. Der Himmel erhalte dich uns noch lange, das ist mein aufrichtiger Wunsch.“

„Ich danke dir, Schwager. So wäre auch diese Angelegenheit geordnet, die mir schwer auf der Seele lag. Mündlich läßt sich so etwas immer besser erledigen als schriftlich.“

„Gewiß. Ich an deiner Stelle würde freilich nicht den Teufel an die Wand gemalt haben. Aber nun, mein Freund, müssen wir aufbrechen, es ist die höchste Zeit, wenn wir unseren Zug noch erreichen wollen.“

Eine Viertelstunde später fuhr der Bankier in dem neuen Automobil seines Schwagers zur Bahn.

Bera winkte lachend mit dem Lade: „In zehn Jahren sehen wir uns wieder!“ rief sie lachend zurück, offenbar froh darüber, daß der Befehl überstanden war.

13. Kapitel.

Schloß Chatelaine liegt auf einer waldigen Anhöhe im nördlichen Frankreich. Ein ziemlich steiler, beschwerlicher Weg führt hinauf. Und wehte im Tal die Oktoberluft milde und erquickend, so strich hier oben ein eifriger Ost über kahle Felsvorsprünge, die mit niedrigem Heidekraut spärlich bedeckt waren.

In der Mittagsstunde war der Weg, welcher stellenweise an steilen Abgründen vorbeiführte, ziemlich belebt.

Einige Boten, welche Lebensmittel im Schlosse abzuliefern hatten, waren unterwegs, ebenso der Postbote und ein kleiner Trupp Reisender, denen man die herrliche Aussicht ins Tal gerührt hatte.

Unter ihnen befand sich auch der Bankier Eicke aus Berlin. Ihn führte aber noch ein anderer Zweck dort hinauf, als Naturschönheiten zu bewundern.

Eicke hatte seiner Gattin die längst versprochene Reise nach Paris bewilligt, seinen Damen selbst dortin das Geleit gegeben und zwei volle Wochen mit ihnen zusammen Theater, Galetten und Salons besucht.

Gundula.

Roman von A. von T y s t e d t.

Wandern verboten.

40) „Dann freilich,“ meinte Gundula in erstarrtem Ton, gewaltsam die Tränen zurückdrängend, die ihren Blick umdunkelten, „dann freilich — ich hatte es mir so schön geacht.“

Bera erkannte recht wohl, daß sie ihre Stiefschwester soeben beleidigt, sie unerhört behandelt hatte, aber sie hielt es nicht der Mühe wert, um Entschuldigung zu bitten oder wenigstens den Eindruck ihrer Worte zu mildern.

„Laß gut sein, Gundula,“ sagte sie, „wir werden uns doch niemals verstehen, da wäre es doch töricht, wollten wir monatelang beieinanderleben und uns gegenseitig zur Last fallen. Wir kommen am besten aus, wenn viele Meilen zwischen uns liegen. Und nun wollen wir uns rüsten. Unser Zug fährt punkt acht Uhr.“

Sie entfernte sich rasch. Gundula sah den Baron achselzuckend an. „Ich habe getan, was ich konnte. Sie haben nun selbst gehört, daß alle Uebertreibung bei Bera nicht hilft. Sie geht ihre eigenen Wege.“

Er hatte der schlanken, stolzen Gestalt sinnend nachgeschaut. „Es ist schade um sie,“ sagte er, „aufrichtig aber bedauere ich, Ihnen diese unfreundliche Abfertigung durch meine Schuld bereitet zu haben.“

„D nicht doch, Sie meinten es so herzlich gut mit Bera, und es tut mir furchtbar leid, Ihnen nicht nützen zu können. Aber geben wir noch nicht alles verloren, vielleicht ändert sich der trostige Sinn meiner schönen Schwester eines Tages noch; sie ist nicht so oberflächlich, wie es den Anschein hat, Papa sagt es auch.“

Schweigend gingen sie zu den anderen zurück. Etwas Undefinierbares stand plötzlich zwischen ihnen, sie konnten nicht mehr so freimütig sprechen wie bisher.

Unterdessen hatten auch die beiden älteren Herren eine ernste Unterredung.

„Gundula sieht auffallend leidend aus,“ sagte Eicke besorgt, „selbstverständlich habe ich es sie nicht merken lassen, besser Schwager, aber bei ihrem Anblick packt mich die furchtbare

Angst, daß auch sie dem türkischen Leiden erliegen könne, das meine teure, heißgeliebte Frau dahingerafft.“

„Du hast recht, Wilhelm, es muß Gundula irgend etwas fehlen, sie ist verändert seit einigen Tagen, aber zu ernster Sorge ist absolut kein Anlaß, darauf kannst du dich verlassen. Auf meinen ausdrücklichen Wunsch ließ Gundel sich vor einigen Monaten, als wir in Wien waren, von einer Kapazität ersten Ranges gründlich untersuchen. Und der Herr Professor gab mir die ehrenwörtliche Versicherung, daß das Mädchen kerngesund ist und nur noch ihr zartes Aussehen an die Mutter erinnert. Die Lunge ist durchaus normal und kräftig entwickelt, und ebenso der Brustkasten. Sie hat es durchaus nicht nötig, sich irgendwelche Schonung aufzuerlegen, sondern kann eventuell unbeschadet sich etwaigen Strapazen aussetzen.“

„Das nimmt mir einen Stein vom Herzen, lieber Otto, und ich kann dir nicht genug danken für deine treue Fürsorge um meinen Liebling. Denn, daß ich es nur offen gestehe, sie ist, wie einst Klara es war, noch immer mein Abgott, trotzdem ich ihr entfremdet bin und von ihrem Innenleben nur wenig noch weiß.“

„Vielleicht wirst du über kurz oder lang in die Lage kommen, Gundel wieder unter deinen persönlichen Schutz nehmen zu müssen.“

„Wie das? Regt sich die Luft zu einem abenteuerlichen Leben wieder in dir?“

„Das weniger. Aber man kann ja niemals wissen, wie es kommt. Ich habe mein Haus bestellt, Gundula ist meine Universalerbin — nach meinem Heimgange ein reiches Mädchen. Willst du mir versprechen, Gundula nach meinem Tode wieder zu dir zu nehmen? Ihre Vereinsamung macht mir so große Sorge; sie neigt sehr dazu, sich von den Menschen abzulösen, und das taugt nicht für ein junges Mädchen. Du brauchst nicht zu fürchten, daß die Angelegenheiten aus Gundulas Anwesenheit erwachsen; sie ist ja kein Kind mehr und sicher taktvoll genug, um allen Konflikten in deinem Hause sorgsam aus dem Wege zu gehen.“

„Aber mein lieber, bester Otto, was sind das für Reden! Selbstverständlich kann Gundula jederzeit in das Haus ihres Vaters zurückkehren, und gegebenenfalls werde ich meine jüngste

seiner Rede scharf die neuerdings im Wahlkampf immer stärker zu Tage tretenden antisemitischen Bestrebungen, die mit dem Geist wahrer Volksgemeinschaft, aber auch mit dem Geist des Christentums nicht zu vereinbaren sind.

Baden.

Die Wahlbewegung!

pc Karlsruhe, 27. Nov. Die Wahlbewegung ist auf ihrem Höhepunkt angelangt, die Deutsch-demokratische Partei ist im ganzen Lande außerordentlich rührig. Überall finden Wahl- versammlungen statt, die fast durchweg sehr stark besucht und von bester Stimmung getragen sind. Der Andrang zu den Versammlungen ist im ganzen Lande stärker als bei der letzten Reichstagswahl. Der Spitzenkandidat der badischen Liste der Deutschen demokratischen Partei, Minister a. D. Dietrich ist unermüdetlich in der Wahlarbeit tätig. Er hat seit Ende Oktober an jedem Werktag mindestens einmal, häufig aber zweimal und an jedem Sonntag mindestens 2 mal, häufig drei oder viermal gesprochen. Bis zum Ende der Wahlbewegung wird er in allen bedeutenden Plätzen des Landes gewesen sein. Seine Ausführungen haben überall stärkstes Interesse und lebhaften Beifall gefunden. Außer ihm sind Staatspräsident Dr. Hellpach, Mitglieder der demokratischen Landtagsfraktion und zahlreiche andere Parteigliedrige in der Wahlagitatio tätig; von den Sigen der 7 Landtagswahlkreiseverbände aus wird das ganze Land systematisch bearbeitet. Von außerbadischen Rednern sprachen bis jetzt der bisherige Reichstagsabgeordnete Dr. Hermann Fischer-Berlin, Mitglied des Parteivorstandes der Gesamtpartei in Karlsruhe und Mannheim, der frühere Kolonialstaatssekretär, Reichsminister a. D. Dr. Dernburg in Mannheim und Heidelberg; der mit den badischen Reichstimmern gewählte württembergische Reichstagsabg. Dr. Th. Heuß wird gegen Schluß der Wahlbewegung ebenfalls noch in Baden sprechen. Besonders zu erwähnen ist eine von 6000 Personen gewaltige und ungemein eindrucksvoll verlaufene Kundgebung für Vaterland und Freiheit im Nibelungenaal zu Mannheim; es sprachen der Spitzenkandidat Minister a. D. Dietrich, der bekannte Beamtenführer, Eisenbahninspektor Schuldt-Berlin und Frau Oberregierungsrätin Dr. Marie Baum-Karlsruhe. Es ist kein Zweifel, daß Interesse und Verständnis für die Demokratische Politik zugenommen haben, und daß die Wähler- schaft erkannt hat, daß mit Phrasen und Schlagworten nichts erreicht wird, sondern, daß es auf Taten ankommt.

Aus Nah und Fern.

* Sinsheim, 1. Dez. (Demokratische Versammlung.) Die von der Deutschen Demokratischen Partei auf gestern Abend einberufene Versammlung war außerordentlich stark besucht. Nach einer Begrüßungsansprache durch Herrn Reichschulldirektor Fischer ergriff Minister a. D. Dietrich, der Spitzenkandidat der Partei das Wort. Getragen von der allgemeinen Zustimmung beleuchtete er die Politik der Reichsregierung, die die Reichsregierung seit einem Jahr- betrieben hat und die zur Befreiung des Rheinlandes und zur Wulderung der Fremdherrschaft geführt hat. Er wies darauf hin, daß Tausende und Abertausende wieder in ihre Heimat zurückkehren konnten. Und er wies darauf hin, daß ein neuer Geist ein Geist der Befreiung infolge des Dawesgutachtens er- weckt sei. Dann rechnete Dietrich mit den Deutschnationalen ab, die bei der Abstimmung des Dawesgutachtens nicht den Mut gehabt hätten, ihren Versprechungen treu zu bleiben und einen genügend großen Teil ihrer Abgeordneten abkommandiert hätten, damit das Dawesgutachten nicht zu Fall kam. Alle Lächer des Hauses hatte der Redner auf seiner Seite, als er auf die Politik der Deutschen Volkspartei hinwies. In Berlin habe Stresemann Recht zum kommandiert. In Dortmund habe er das Kommando dann geändert in "Geradeaus, in der Mitte bleiben". Und damit niemand nach diesem Widerspruch fragen konnte, wurde in Dortmund Schluß der Debatte beantragt, ehe die Debatte begonnen habe. Besonders einleuchtend waren Dietrichs Aus- führungen über die schwierigen Fragen der Aufwertung und der Steuern. Versprechungen kann jeder machen, aber es sei an der Zeit, das deutsche Volk nicht wieder mit Ver- sprechungen zu ködern und dann wieder zu betrügen. Dann müsse der Glaube an den Staat sterben. Die Demokratische Partei habe nichts versprochen und könne auch nichts ver- sprechen; denn die finanzielle Lage des Reiches bestimme die Aufwertungsquote und die Möglichkeit der Aufwertung. Aber das versprach Dietrich, daß die Deutsche demokratische Partei eintreten würde für eine gerechte Aufwertung, die besonders dem Sparer helfen sollte. Die Steuern müßten auf ein für die Wirtschaft erträgliches Maß herabgesetzt werden und außer- dem sei es erforderlich, die Länder und Gemeinden finanziell freier zu stellen. Ein scharfer Trennungsstrich müsse zwischen Demokratie und Sozialdemokratie gezogen werden. Marginalische Experimente können wir nicht brauchen, aber auch keine indu- striellen Kartelle. Der Mittelstand müsse geschützt werden. Mit gespannter Aufmerksamkeit folgte die Versammlung den Ausführungen des Redners über die Ziele der deutschen Außenpolitik. Befreiung von den Fesseln von Versailles und Erhaltung des deutschen Reiches seien die Hauptziele. Deshalb sei es nötig, das Dawesgutachten loyal auszuführen. Nötig sei aber auch vielleicht ein Beitritt zum Wälterbund, weil nur dann Deutsch- land für die Zukunft könne einmal die Schuldnerstaaten Deutschland und Frankreich zusammenführen gegen die Gläubigerstaaten. Der Redner schloß mit einem von ungeheurer Beifall be- gleiteten Bekenntnis zur Republik und den Farben Schwarz- Rot-Gold.

* Sinsheim, 30. Nov. (Gemeinderatsitzungen.) Dem Kreisverband Heidelberg werden zur Erbauung eines Einfamilienhauses bei der Kreispflegeanstalt Sinsheim die erforderlichen Bruchsteine zu einem angemessenen Preis über- lassen. Die Erweiterung der Elektrischen Lichtleitung beim Fried- hofweg wird genehmigt. Die Anfertigung zweier Schränke für die Gewerbeschule wurde vergeben. Die Wägebühren wurden erhöht. Der Wirtschafts- und Kulturplan für 1925 wurde gutgeheißen, verschiedene Baugesuche dem Bezirksamt befür- wortend vorgelegt. Abgelehnt wurden verschiedene Unterstützungs- gesuche und Gesuche um Ermäßigung bzw. Erlassung der Ge- bäudesteuer. Der Pachtpreis für städt. Felder wird auf den Friedenspreis von 1914 festgesetzt zuzüglich 15 Prozent Zuschlag. Die Pflanzenerzeugung und das Einstreuen in den Farbenfall wird genehmigt. Die Kassenstandsberichte der Stadtkasse werden zur Kenntnis genommen. Für den Betrieb der Handeschule wird ein laufender Beitrag bewilligt, sowie die Anschaffung weiterer Schreibmaschinen und verschiedener Schulgeräte genehmigt. Der Versteigerung abgängiger Obje-

bäume wird zugestimmt. Ein neues verbessertes Schlundrohr wurde auf Kosten der Stadt für die Viehbesitzer beschafft. Dem Hilfsverein für entlassene Geistesranke sowie dem Bad. Blindenverein wird ein Beitrag bewilligt. Der alte Friedhof- weg vom Amtsgelände an erhält die Bezeichnung "General Sichel-Grabe".

* Sinsheim, 30. Nov. (Bürgerauschuß.) Zum ersten- mal in diesem Jahre fand am Freitag Abend eine Sitzung des Bürgerauschusses im neu hergerichteten Bürgeraal des Rat- hauses statt. Mit Ausnahme des ersten Punktes der Tages- ordnung waren die Vorlagen bereits längst überholt. Der Vor- sitzende entschuldigte die lange Verzögerung als in den Ver- hältnissen der Dinge liegend, aber es wurde doch zum Ausdruck gebracht, daß derartig lange Pausen bei der Einberufung des Bürgerauschusses nicht mehr vorkommen dürfen. Die erste Vorlage betraf die neue Gemeindefassung, welche die Anstellungs- und Dienstverhältnisse der Gemeindebeamten regelt. Sie wurde einstimmig angenommen. Ebenso wurden angenommen die Vor- lagen zur unentgeltlichen Ueberlassung eines Grundstückes an den Reichsbahnfiskus zur Erstellung von Wohnungen für sta- tionierte Bahnbeamte, die Ueberlassung von Baugelände zum Preis von 2 Mark pro Quadratmeter an die Herren G. Christ- mann, A. Saut, Ratschr. Buhl und Postsekretär Visk. Dann wurde der Verkauf des Wohnhauses und des angrenzenden Hofraums mit Nebengebäude an das Badenwerk gutgeheißen und schließlich die Aufnahme des Restkapitals von 16000 Mark zur Fertigstellung der begonnenen acht Wohnungen genehmigt. Hierbei wurde dem Wunsche Ausdruck gegeben, die Mietpreise für die neuen Wohnungen möchten in mäßigen Grenzen ge- halten werden.

* Sinsheim, 30. Nov. (Beamtenehrung.) Die Bür- germeister und Ratschreiber des alten Bezirks Sinsheim, die bis auf die dienstlich verhinderten vollständig erschienen, veranstalteten am Donnerstag, 27. Nov. im neubereinigten Rathausaal Sins- heim zu Ehren des allbekanntesten lebenswürdigen Kollegen Herrn Bürgermeister Wacker von Weibstadt eine schöne Feier. Herr Bürgermeister Silder-Sinsheim als Vorsitzender des Bezirks-Gemeindebeamten-Verbandes würdigte die großen Verdienste des Geehrten, der insgesamt 40 Jahre, darunter 25 Jahre als Bürgermeister der Stadt- und Nachbargemeinde Weibstadt treu ge- dient hat, und überreichte dem wackeren Kollegen als Zeichen der Anerkennung und Wertschätzung ein von Bürgermeister und Rat- schreiber des alten Bezirks Sinsheim gestiftetes künstlerisch aus- geführtes Bild "Schloß Chillon" mit den herzlichsten Glückwünschen. Herr Stadtrechner Maler-Sinsheim fand herzliche Worte für den Geehrten, der ehemals als Gemeinberechner ein treuer Kollege war. Auch der Bezirksratschreiberverein ließ durch Herrn Ratschreiber Menold-Richardt die aufrichtigsten Glückwünsche übermitteln. Herr Bürgermeister Wacker, überrascht von all der Aufmerksamkeit, den Ehrungen, Glückwünschen und dem schönen Geschenk, dankte in bewegten Worten und versprach, auch fernerhin, solange es ihm beschieden sei, seine Kraft einzusetzen zum Wohle der Allgemeinheit. Eine kleine gemütliche Nachfeier im Gasthaus zum Bären und Post beschloß den schön verlaufenen Nachmittag.

* Sinsheim, 30. Nov. (Ernennung.) Ausseher Wendelin Schulz bei der Fürsorgeerziehungsanstalt Sinsheim wurde mit Wirkung vom 1. Dezember zum Oberwerkführer an hiesiger Anstalt ernannt.

* Sinsheim, (Die Wahrung des Wahlgeheim- nisses.) Ein Einzelfall gibt, wie der Amtliche Preussische Pressebericht meldet, dem Minister des Innern Veranlassung, unter Hinweis auf seinen Erlass vom 31. Oktober ds. Js. darauf aufmerksam zu machen, daß die Wahl-Abstimmungs- Vorleser nicht befugt sind, bei Entgegennahme der Stimmzetteln- umschläge aus der Hand der Wähler nachzuprüfen, wieviel Stimmzettel der Um Schlag enthält. Zur Wahrung des Wahl- geheimnisses sind sie insbesondere nicht berechtigt, den Um Schlag gegen das Licht zu halten!

* Sinsheim, 1. Dez. (Die Viehzählung.) Wie bereits bekannt gemacht, findet am Montag, den 1. Dezember eine Viehzählung statt. Von der Zählung erfaßt werden Pferde, Rindvieh, Schafe, Ziegen, Schweine, Federvieh, Bienenstöcke und Hunde. Mit der Zählung ist in diesem Jahre eine Aufnahme der während der Zeit vom 1. Dezember 1923 bis 30. November 1924 im Hause oder Gehört und den dazugehörigen Neben- gebäuden und sonstigen Räumlichkeiten zum häuslichen Gebrauch geschlachteter Tiere verbunden. Wer sich der Anzeige seines Viehbestandes entzieht oder willkürlich falsche oder unvollständige Angaben macht, kann mit erheblichen Strafen geahndet werden.

* Bad Rappenaun, 28. Nov. (Wasserleitung.) In dem Projekt der Erstellung einer Wasserleitung scheint man einen Schritt vorwärts gekommen zu sein. Am gestrigen Tage waren einige Herren vom Kulturamt Heidelberg hier, um mit dem Bürgermeisteramt und Salinemat Vorbesprechun- gen bzgl. der Versorgung der ganzen Gemeinde mit Wasser zu pflegen.

* Weibstadt, 28. Nov. (Eingemeindung.) Der zwischen der abgeordneten Gemarkung Oberbühlhof und der Gemeinde Weibstadt abgeschlossenen Vereinbarung über die Vereinigung der abgeordneten Gemarkung mit der Gemeinde Weibstadt mit Wirkung vom 1. Januar 1925 wurde die staatliche Genehmigung erteilt.

* Eppingen, 27. Nov. (Volkshochschule.) Am Frei- tag werden hier die Volkshochschulkurse mit einem Vortrag des Regierungsbaumeisters Dr. Ing. Eisenhuth-Karlsruhe unter Vorführung von Lichtbildern wieder eröffnet werden. Der Vor- trag wird über das Amerikaluffschiff J. R. 126 gehen. — Als Uebersehung vom vergangenen Jahr stehen noch 121 57 R.-M. zur Verfügung, die als Grundstock für die weiteren Veran- staltungen dienen. Die Vorträge sind geeignet durch die vor- zügliche Wahl der Redner in Kunst, Wissenschaft und Technik treffliche Grundlagen zu geben.

* Eppingen, 28. Nov. (Baugenossenschaft.) Nach dem Vorbild von anderen Gemeinden hat sich auch hier eine ge- meinnützige Baugenossenschaft m. b. H. gebildet. Es steht zu erwarten, daß diese Neubildung nicht ohne fördernden Ein- fluß auf die Neubautätigkeit unserer Gemeinde die bringende erforderlich ist, sein wird.

* Hahnenbach, 25. Nov. (Berunglückt.) Der hier wohnende verheiratete Schiffer Felix Baith ist im Hafen in Frankfurt a. M. tödlich verunglückt, als er damit beschäf- tigt war, sein Schiff festzumachen. Er wurde in diesem Augen- blick von einem dahertrollenden rangierenden Eisenbahnwagen erfaßt und über die Kalmauer in den Main geschleudert. Obwohl Hilfe sofort zur Stelle war, machte ein Blutsturz dem Leben des Verunglückten ein Ende.

* Heidelberg, 29. Nov. (Wie weit fliegt ein Kin- derballon?) Heidelberg steht zurzeit im Zeichen der Kin- derballons, die ein hiesiges Geschäftshaus bei Einkauf von Waren zu Reklametzwecken abgibt. Zwei am Samstag hier aufgelassene Ballons, an denen eine Postkarte mit Rückantwort befestigt war, sind nach heute hier eingetroffener Nachricht in Stetten am Henkelberg (bei Bradenheim, württembergische

Grenze), 43 Kilometer von Heidelberg in gerader Luftlinie ent- fernt, aufgefunden worden.

* Mannheim, 23. Nov. (Infolge Selbstentzünd- ung) geriet heute vormittag 10.30 Uhr in der Holländerstraße zu Rheinau ein Kohlenlager von etwa 2000 Tonnen Stückkohlen zum Teil in Brand. Die Berufsfeuerwehr ist noch mit den Ablösungsarbeiten beschäftigt.

* Tauberbischofsheim, 28. Nov. (Fund.) Auf einem Grundstück des Landwirts Wülk von Ober-Willinghausen wurde eine prähistorische Grabstätte aufgedeckt. Man fand u. a. drei wundervolle Armbrustfibeln.

* Heilbronn, 28. Nov. (Brand.) In einem Gebäude der Steinstraße brach dadurch ein Brand aus, daß ein vier- jähriger Knabe mit Streichhölzern spielte. Gegen die Mutter des Kindes, die die Streichhölzer nicht ordnungsmäßig ver- wahrt hat, ist Strafanzeige erstattet.

* Hundsbach b. Bühl, 28. Nov. (Mefferheld.) Wäh- rend einer Hochzeitsfeier wurde der Fortwart Schoch von einem gewissen Richard Bamknecht wiederholt belästigt. Als er ihn zur Ruhe verwies, griff B. zum Meffer und stach den Fortwart in den Leib.

* Willingen, 28. Nov. (Aufwertung.) Die hiesige Bau- genossenschaft sollte gestern den Beschluß, alle eingeleigten Geschäfts- anteile und Spargelder mit 80 Prozent aufzuwerten.

* Naumburg, 29. Novbr. (Der erste weibliche Ge- richtsassessor.) Die Referendarin Hildegard Schenke ist zur Gerichtsassessorin im Bezirk des Oberlandesgerichts Naumburg ernannt worden.

* Nürnberg, 29. Nov. (Unglücksfall.) Hier wurden die beiden 2 und 3 1/2 Jahre alten Kinder der Schneidersrau Kleber infolge Gasvergiftung in ihrer Wohnung tot aufgefunden.

* London, 28. Nov. (Gesunken.) Der 2000 Tonnendampfer "Hartley", der sich auf der Fahrt nach Gent befand, sank im Sturme auf der Höhe von Portland. Die Besatzung von 19 Mann ging in das Rettungsboot. Dieses kenterte und 17 Mann ertranken.

Amtliche Bekanntmachungen.

Nr. 30. Maul- und Klauenseuche. Nachdem in Adelshofen bei Wilhelm Mannsperger die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen ist, werden folgende An- ordnungen getroffen:

A. Sperrbezirk:

Das verseuchte Gehöft.

B. Beobachtungsgebiet:

Die Gemeinde Adelshofen mit dem Dammbhof.

C. 15 km Umkreis:

Die Gemeinden Hilsbach, Ittlingen, Riehen, Eppingen, Rohr- bach bei Eppingen, Elsenz und Weiler.

Sinsheim, den 28. November 1924.

Badisches Bezirksamt.

Versteigerungsanzeige.

Auf Ersuchen der Reichsentschädigungsstelle für Ausgewiesene läßt das Finanzamt Sinsheim am **Samstag, 6. Dezember 1924 nachm. 2 1/2 Uhr im Gemeindefolbad in Rappenaun** (gegen- über der Brauerei Häffner) folgende Einrichtungsgegenstände gegen Barzahlung öffentlich versteigern: 5 Bettstellen mit Kissen, Matratzen und sonstigem Zubehör, 2 Waschtische darunter einer mit Marmor- platte und Spiegelaufsatz, 3 Kleiderschränke darunter einer mit Spiegeleinlage, 5 Nachttische, 1 Büffet, 2 Küchenschränke, 1 Aus- ziehtisch und mehrere Stühle. Sämtliche Möbel sind aus Lamm- holz, nur der Ausziehtisch ist eichen. Die Gegenstände werden auf Wunsch am Freitag nachm. und Samstag vormittag von einem Beauftragten der Gemeinde Rappenaun vor gezeigt. Interessenten wollen sich an das Bürgermeisteramt Rappenaun wenden. Sinsheim, den 29. November 1924. Finanzamt.

Erleichterung beim Steuerabzug.

Bei Lohnzahlungen, die für eine im Dezember 1924 oder später erfolgte Dienstleistung bewirkt werden, beträgt der steuerfreie Lohnbetrag

- monatlich 60 Reichsmark (bisher 50)
- wöchentlich 15 Reichsmark (bisher 12)
- täglich 2,50 Reichsmark (bisher 2)
- zweimündlich 0,80 Reichsmark (bisher 0,50)

Wenn der Arbeitslohn gezahlt wird, ob vor dem 1. Dezember oder nach dem 30. November, ist unerheblich. Es kommt nur darauf an, daß der Lohn für eine nach dem 30. November 1924 erfolgende Dienstleistung gezahlt wird. Der höhere steuerfreie Lohnbetrag ist jedoch auch dann abzuziehen, wenn der Zeitraum, für den der Arbeitslohn gezahlt wird (eine Woche, ein Monat), zum Teil in die Zeit vor dem 1. Dezember 1924 fällt. Wird der Arbeitslohn in diesem Falle für mehrere Wochen oder für mehrere Monate auf einmal bezahlt, so ist der Steuerabzug für die Wochen oder Monate, die ganz in die Zeit vor dem 1. Dezember 1924 fallen, nach den bisherigen Vorschriften zu berechnen.

Bei Lohnzahlungen für eine nach dem 30. November 1924 erfolgende Dienstleistung wird der auf den Arbeitslohn fallende Steuerbetrag nicht einbehalten und nicht abgeführt, wenn er a) bei Zahlung des Arbeitslohns für volle Monate 0,80 R. M. monatlich, b) bei Zahlung des Arbeitslohns für volle Wochen 0,20 R. M. wöchentlich, c) bei Zahlung des Arbeitslohns für kürzere Zeiträume 0,05 R. M. nicht übersteigt.

Bei Heimarbeitern, bei denen der Arbeitslohn nicht für eine bestimmte Arbeitszeit und auch nicht nach der Arbeitsleistung inner- halb eines bestimmten Zeitraumes gezahlt wird, beträgt die ein- zubehaltende Steuer für alle nach dem 30. November 1924 erfolgenden Lohnzahlungen zwei vom Hundert (bisher 4 v. H.). Abdrucke der Verordnung über diese Steuerregelung sind — vorerst allerdings nur in beschränkter Zahl — beim Finanzamt zu erhalten.

Schließlich sei noch bemerkt, daß der Reichsfinanzminister für 1924 allgemein auf die Ausschreibung der Ueberweisungsblätter (Ausweise), Nachweisungen und Zusammenstellungen verzichtet hat. Es bleibt jedoch vorbehalten, im einzelnen Falle die Einreichung der Steuerabzugsbelege zu verlangen. Die Steuerarten nebst den Steuermarkenblätter für 1924 sind im Laufe des Monats Januar 1925 hierher abzugeben. Sinsheim a. E., den 28. November 1924. Finanzamt.

Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge.

Ausgrund des § 2 der Verordnung des Bad. Arbeitsministers vom 29. März 1924 (G. u. V. Bl. S. 70) hat der Verwaltungs- auschuß des Landesamtes für Arbeitsvermittlung die Beiträge für die Erwerbslosenfürsorge mit Wirkung vom 1. Dezember ds. Js. ab

auf 1 vom Hundert festgesetzt.

Heidelberg, den 28. November 1924.

Der Vorsitzende des Verwaltungsausschusses für das Arbeitsamt Heidelberg.

Gerade aus!
Nicht Linksblock, nicht Rechtsblock, sondern
Deutsche Volkspartei!

Praktische Weihnachts-Geschenke
sind in großer Auswahl eingetroffen und empfehle ich:
Nächtische, Rauchtische, Klubtische, Büsten- ständer, Vorplatzmöbel, Blumenkrippen, Bilder, Spiegel in allen Größen.
Zimmerbuffets in eiche und eiche geritzt, **Tische, Lederstühle, Divans, Chaiselongues, Bücherschränke, Schreibtische, Schreibessel, Schlafzimmer** in eiche, in tanne, mit Spiegel- schrank und Marmor, **Matratzen, einzelne Schränke, Bettladen** etc. etc.
Alles auch gegen bequeme Teilzahlung.
Möbelkaufhaus
Erich Schnapp
Heilbronn, Kirchbrunnenstraße 18.
Versand auch nach auswärts.

Empfehle:
ff. Confectmehl
Mandeln
Haselnüssen
Eitronat
Orangenat
Kunsthonig
Cocosnuß geraspelt
Cocosnüsse
Bananen
Datteln
Feigen
Citronen
Buderzuder
Margarine
sowie sämtliche
Gewürze
Adolf Lichdi
Telefon 138.

Das vorteilhafte
Gebrauchs-
PIANO
modern, kreuzsaitig, klagschön,
kauft man konkurrenzlos auch mit
Zahlungserleichterung, bei
HECKEL
MANNHEIM
O 3, 10, Kunststraße.

Versicherungskonzern
sucht zur Unterstützung seines
Generalagenten für den Bezirk
Sinsheim geeigneten Herrn. Geff.
Offerten und Lebenslauf unter
Nr. 1197 an den Landboten
erbeten.

Kleinrentner! - Sparer!
Wer hat zuerst mit Schrift und Wort für die Aufwertung Eurer Sparguthaben gekämpft?
Das war unser demokratischer Reichstagsabg. **Diétrich!**
Wer hat den ersten Gesetzentwurf für die Aufwertung vorgelegt?
Das war unser demokratischer Reichstagsabg. Staats- minister a. D. **Dernburg!**
Wer hat erreicht, daß in der 3. Steuernotverordnung die vor- gesehenen 10% wenigstens auf 15 erhöht wurden?
Das waren die **Beretreter der Deutsch demokr. Partei** im Aufwertungsausschuß.
Wer kämpft auch weiterhin für eine Verbesserung der 3. Steuernot- verordnung und der Aufwertungsgefeßgebung?
Das ist die **Deutsche demokratische Partei.**
Wo sind darum auch in Zukunft die enteigneten Schichten des **Mittelstandes** am besten aufgehoben?
Bei der **Deutsch demokratischen Partei.**
Darum wählt: Liste 7.

Das dankbare Weihnachtsgeschenk
sind
ODEON
Sprechapparate u. Musikplatten
Preiswerte, reichhaltige Auswahl
Mannheimer Musikhaus
am Wasserturm P 7, 14a

Strickjacken und Westen, Herrenwesten
Wollgarne in großer Auswahl
von 96 Pfg. an das 1/5 Pfund.
Trikothemden, -Hosen, und -Jacken
Strümpfe in allen Preislagen **Socken**
empfiehlt billigst
L. Zehender, Heilbronn am Markt.

Kristall
Feinste Bleikristalle
sind beliebte
und jedes Heim zierende
Weihnachts-Geschenke.
Größte Auswahl
Nur reine Ware
Billigste Preise

Mocca - Sammeltassen
von Mk. 1.75 an.
Beachten Sie meine Aus-
lagen in denen sämtliche
Waren mit Preisen ausgestellt
sind.
E. Schick, Sinsheim

Dixin
macht Die das
Waschen leicht -
es ist in Güte
unerreicht;
beim Waschen
Scheuern und beim
Puhlen ist es von
allergrößtem
Nutzen!

Todesanzeige.
Schmerzerfüllt teilen wir mit, daß unser lieber
Vater, Schwiegervater, Großvater und Onkel
Jakob Schreck
Altbürgermeister
Sonntag Vormittag 11 Uhr nach kurzer Krankheit
im Alter von nahezu 74 Jahren sanft entschlafen ist
Hasselbach, Sinsheim, Dühren, 1. Dezember 1924.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Dienstag nachmittag 2 Uhr
in Hasselbach statt.

Im Winter
sollten Sie nicht ausgehen ohne
**Kaiser's Brust-
Caramellen**
mit den „3 Tannen“

Bekanntmachung.
Bei dem am **Mittwoch, den 3. Dezember ds. Js.** im
Gebäude der ehemaligen Stijtschaffnei Sinsheim stattfindenden
Auktstage werden auch Pachtgelder und sonstige Gefälle eingezogen.
Evang. Pflege Schönau in Heidelberg.

Senden Sie Sämtliche
Schlacht-Gewürze
ihre reparaturbedürftigen
Zwiebeln, Knoblauch
Dezimal- Waagen Würstgarn
Tafel- bei
Säulen- **Hugo Seufert.**
an die Reparaturwerkstätte
Bei Rheumatismus
Martini & Zepf Schmerzen in den Gliedern, ge-
Mosbach braucht man Dr. Butlebs „Rheuma-
und sie erhalten dieselben nach gelist“ und trinkt gleichzeitig
kurzer Zeit gut repariert und ge- Dr. Butlebs Rheuma-Too nach
eicht zurück. **Adam Engel, Engel-Drogerie.**

Betten - Versand
Metallbettstelle, weiß,
mit Patentrost 27 Mk.
3 teilige Seegras-Matratze
mit Kopfkeil 25 Mk.
Schönes rates Deckbett
1 1/2 schläfrig 30 Mk.
1 Kopfkissen dazu 10 Mk.
Schlafdecken Stück 12 Mk.
Bettfedern Pfund 3 u. 5 Mk.
Von 50 Mk. an portofrei.
Verpackung unberechnet.
Bettenhaus
Albert Sommer, Heidelberg
Hauptstraße 80 Telefon 220

in der Tasche! Seit 30 Jahren
das vorzüglichste Mittel bei Husten,
Heiserkeit, Katarrh, Verschleimung.
Der beste Schutz gegen Erkältungen!
7000 Zeugnisse aus allen Kreisen
beweisen die einzigartige Wirkung!
Appetitregende, feinschmeckende
Bonbons.
Beutel 30 Pfg., Dosen 80 Pfg.
Achten Sie auf die Schutzmarke.
Zu haben bei: **Hugo Seufert,**
Köln, Herrn. Vetsch, Köln.

Tapeten
Linoleum 200 cm breit
Linoleum-Läufer
Tisch - Linoleum
Bauer & Leicher
Heidelberg, Anlage 7.
Verlangen Sie bei Bedarf
unsere Muster.

Bedeutender Preisabbau!
DER-ECHE-STEINWAY

STEINWAY & SONS
Lieferung frei Station
Auf Wunsch Zahlungsvereicherung.
Alleinverkauf bei
K. FERD. HECKEL
Mannheim, O 3, 10.
Größtes Spezialhaus Südwestdeutschlands.

Deutsche liberale Volkspartei.
Donnerstag, den 4. Dezember, abends 8 Uhr
Oeffentliche
Wähler-Versammlung
in Hoffenheim, Restauration Sohns.
Redner: Landtagsabgeordneter Landwirt **Brigner.**
Freier Eintritt. **Freie Aussprache.**

Enormes Lager
Strümpfe und Socken
aus Baumwolle, Maco, Seiden-
flor, Seide und Wolle, schwarz
farbig und bunt in jeder Größe
und Preislage. Sportstrümpfe,
Sportstrümpfen, Sockenhalter.
E. SPEISER
Sinsheim
Fornst 12.

Nationale Realpolitik
ist nötig. Illusionen sind verderblich. Daher
Deutsche Volkspartei!